

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-002515/2025
an die Kommission**
Artikel 144 der Geschäftsordnung
Harald Vilimsky (PfE), Georg Mayer (PfE)

Betrifft: Neu gestalteter langfristiger Haushalt für die Union

Aufgrund des Entwurfs des Berichts über einen neu gestalteten langfristigen Haushalt für die Union in einer Welt im Wandel (2024/2051(INI)) ergeben sich Fragen zur Finanzierung, zur Subsidiarität sowie zu EU-Programmen und Fonds. Die Finanzierung der EU basiert weiterhin maßgeblich auf den BNE-Beiträgen der Mitgliedstaaten, was insbesondere für Nettozahler wie Österreich eine erhebliche finanzielle Belastung darstellt. Mit der Einführung neuer Eigenmittel wird faktisch eine EU-Steuerhoheit geschaffen, durch die die nationale Finanzhoheit der Mitgliedstaaten untergraben wird. Zahlreiche EU-Programme und Fonds sind für Ineffizienz und mangelnde Kontrolle bekannt.

1. Wie rechtfertigt die Kommission, dass Österreich weiterhin einen überproportional hohen Beitrag leistet, während einige Nettoempfänger kaum eigene Mittel zur Finanzierung der EU beitragen?
2. Ist die Kommission der Ansicht, dass die Schaffung einer eigenen EU-Steuerkompetenz mit dem Prinzip der Subsidiarität vereinbar ist?
3. Wie stellt die Kommission sicher, dass die steigenden Haushaltsmittel nicht weiterhin in überbürokratische und unwirksame Projekte fließen, und gibt es Pläne zur Senkung ineffizienter Ausgabenprogramme und zur Reduktion der Verwaltungskosten der EU?

Eingang: 23.6.2025